

Fraktion DIE LINKE · Habsburgerallee 11-13 · 52064 Aachen

Herrn
Oberbürgermeister Marcel Philipp
Rathaus/Markt – Fax 432-8008
52058 Aachen

Aachen, 11. Aug. 2010

**Antrag zur Tagesordnung zur Ratssitzung am 8. September 2010:
Handhabung der Wiederbesetzungssperre in der Stadtverwaltung und den Eigenbetrieben**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

zur Ratssitzung am 8. September 2010 beantragen wir o.g. Thema auf die Tagesordnung zu setzen.

Wir beantragen:

- Vakante Stellen sollen innerhalb der Wiederbesetzungssperre so ausgeschrieben werden, dass die Stelle **spätestens** nach 6 Monaten neu besetzt wird.
- Der Abbau von Stellen in der Verwaltung der Stadt Aachen und den Eigenbetrieben erfolgt nur nach vorheriger Änderung im Stellenplan durch Beschluss im Rat der Stadt Aachen.
- Eine externe Auftragsvergabe zum Ausgleich bestehender Stellenvakanzen ist ausgeschlossen, stattdessen muss eine vorzeitige Besetzung der Stelle erfolgen.

Begründung:

Sowohl der Antrag von CDU und Grünen, als auch die Verwaltungsvorlage zum TOP 6 „Erlass einer Besetzungssperre für vakante Stellen zur Unterstützung der Haushaltskonsolidierung“ vom 19.5.2010 im Personal- und Verwaltungsausschuss sieht eine Besetzungssperre für vakante Stellen von 6 Monaten vor.

Das vom Oberbürgermeister verfügte Verfahren weist die Fachbereichsleiter jedoch an, die vakanten Stellen erst nach 6 Monaten auszuschreiben. Das bedeutet, dass sich die Stellenbesetzung mindestens um weitere 3 bis 6 Monate verzögert. Dies ist eine deutlich weitergehende Praxis, als die Beschlussfassung im Personal- und Verwaltungsausschuss am 19.5.2010.

Darüber hinaus soll auf Anweisung des Oberbürgermeisters jede Stellenvakanz zur Durchführung einer Aufgabenkritik genutzt werden, mit dem Ziel eine Geschäftsoptimierung herbeizuführen. Dies bedeutet übersetzt, dass das Instrument aktiv und willkürlich zum Stellenabbau in der Verwaltung genutzt werden soll, und zwar ohne politischen Beschluss. Das war nicht Gegenstand des Beschlusses im Personal- und Verwaltungsausschuss am 19.5.2010.

Weiter erlaubt der Oberbürgermeister die Option der externen Auftragsvergabe bei bestehenden Stellenvakanzen. Das widerspricht dem Grundsatz der Beibehaltung eigenständiger Aufgabenerledigung in der geltenden Kooperationsvereinbarung mit dem Personalrat und stellt eine mögliche Privatisierung dar, ebenfalls ohne politischen Beschluss.

Mit freundlichen Grüßen

Andreas Müller

Renate Linsen – von Thenen

Ellen Begolli

(Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt Aachen)

Ein Antrag zur Tagesordnung mit gleichem Inhalt wurde auch zur Sitzung des Personal- und Verwaltungsausschusses am 8. September 2010 gestellt.